



Newsletter von
Gabriele Groneberg, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Berlin, 30. Mai 2013

www.gabriele-groneberg.de

Ausgabe 06 / 2013

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

seit Neuestem findet Ihr mich auch auf Facebook - unter „**Team Groneberg**“. Ich freue mich über alle, die über diese Plattform mit mir in Kontakt treten, mir eine Rückmeldung oder Anregungen zu meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete geben oder sich über diesem Weg einfach über meine neuesten Themen und Aktivitäten informieren wollen.

Aktuelle Meldungen gibt es aber natürlich wie bisher auch unter www.gabriele-groneberg.de und in dieser Ausgabe meines Newsletters. Herzliche Grüße, Eure



Foto: Karl-Heinz Czierpka / www.elisabethfehnkanal.de

Ramsauer gräbt Tourismusregion Ostfriesland das Wasser ab

Die Zukunft des Elisabethfehnkanals ist ungewiss, seitdem die schwarz-gelbe Bundesregierung ihre Pläne zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) auf den Weg gebracht hat. Finanzmittel sollen sich künftig auf ein Kernnetz von Wasserstraßen konzentrieren; für andere Teile des Netzes, darunter der Elisabethfehnkanal, sollen die Ausgaben drastisch gekürzt werden.

Infolgedessen knüpft das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium jede weitere finanzielle Unterstützung, um den Kanal zu unterhalten, an einen Wechsel der Trägerschaft. Minister Peter Ramsauer will die Verantwortung seines Ministeriums so auf das Land Niedersachsen abwälzen. Mit dieser Hinhaltenaktik gräbt er der Tourismusregion Ostfriesland langsam, aber sicher das Wasser ab. Denn die Zeit drängt. Wenn die marode Schleuse Osterhausen nicht bald erneuert wird, kann das zuständige Wasser- und Schifffahrtsamt Meppen für 2014 keine Nutzungserlaubnis erteilen. Dies würde das Ende der Sportschiffahrt auf dem Elisabethfehnkanal bedeuten. Der wirtschaftliche Verlust für die Region, die im hohen Maße vom Wassertourismus abhängig ist, ist in diesem Fall nicht abzusehen.

Die Gespräche zwischen Bund und Land über die Zukunft des Elisabethfehnkanals müssen jetzt zu einem zügigen Ergebnis führen. Dabei setzte ich voraus, dass alle Parteien im offenen Dialog an den Gesprächen beteiligt werden. Dabei steht fest: Zuallererst ist der Bund in der Verantwortung. Er hat sich als Eigentümer um den verkehrlichen Erhalt des Kanals und der dazugehörigen Bauwerke zu kümmern.

EINLADUNG

ZUR SPARGELFAHRT

AUF DEM BAD ZWISCHENAHNER MEER



Zusammen mit Dennis Rhode, dem Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Oldenburg-Ammerland, und den SPD-Unterbezirken Ammerland und Vechta möchte ich Euch ganz herzlich zu einer gemeinsamen Spargelfahrt auf dem Bad Zwischenahner Meer am Samstag, den 8. Juni 2013 einladen.

Der Kostenbeitrag beträgt pro Person 35,- Euro und beinhaltet die Schifffahrt und das große Spargelbüfett.

Die Anmeldung kann per Mail www.spargelfahrt@spd-vechta.de, per Telefon 04441-6110, per Fax 04441-851434 oder unter www.spd-vechta.de erfolgen.

Der Kostenbeitrag muss vorab überwiesen werden.

Das Oldenburger Münsterland zu Gast in Berlin

Für alle Bundestagsabgeordneten besteht die Möglichkeit, in jedem Jahr drei Touren mit insgesamt 150 Personen auf den Weg nach Berlin zu schicken. Das Bundespresseamt übernimmt dabei die Fahrtkosten sowie die Kosten für die Hotelunterbringung, Verpflegung und die Reiseleitung.

Meine drei Fahrten fanden in diesem Jahr rund um den gesamten Monat Mai statt. Mit dabei waren Genossinnen und

Genossen, sozial engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Gewinner von Verlosungen, bei denen zwei Plätze für die Fahrten als Hauptpreis lockten.

Die Berlinreisenden erwartete ein interessantes Programm. Höhepunkt jeder Fahrt war der Besuch des Deutschen Bundestages.



29. April bis 2. Mai 2013

Auf dem Programm der ersten Fahrt standen unter anderem ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der Besuch des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, eine Stadtrundfahrt sowie eine Führung durch das Deutsch-Russische Museum in Berlin Karlshorst, der Willy-Brandt-Stiftung und durch die Gedenkstätte Lindenstraße, dem ehemaligen Stasi-Gefängnis.

Foto: Nach der Besichtigung des Plenarsaals und einem Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments durfte ein Besuch der Kuppel des Reichstages natürlich nicht fehlen.

13. bis 16. Mai 2013

Bei dieser Fahrt fand unter anderem ein Informationsgespräch im Haus der Wannsee-Konferenz und eine Führung sowie ein Gespräch mit ehemaligen Insassen der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (ehem. Zentrale Untersuchungshaftanstalt der Stasi) statt. Ebenfalls stand ein Besuch des Landwirtschaftsministeriums sowie eine Stadtrundfahrt auf dem Programm.

Foto: Die Gruppe auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag. Im Hintergrund ist das Paul-Löbe-Haus, in dem sich auch mein Büro befindet.



27. bis 30. Mai 2013

Auch die dritte Fahrt konnte mit allerlei Höhepunkten aufwarten. Unter anderem einem Gespräch bei der Bundesanstalt des Technischen Hilfswerks in Berlin, dem Besuch des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, eine Führung durch das Alliierten-Museum in Berlin Dahlem, ein Informationsgespräch im Haus der Wannsee-Konferenz sowie eine Führung mit Diskussion im Willy-Brandt-Haus.

Foto: Nach dem Vortrag im Plenarsaal gab es die Gelegenheit zu einem Blick über Berlin von der Dachterrasse des Reichstages.



Bestechung von Abgeordneten muss auch in Deutschland endlich strafbar sein

Vor über einem Jahr hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung (Drucksache 17/8613) in den Bundestag eingebracht. Die Anhörung des Rechtsausschusses fand im Oktober 2012 statt. Seither verhindern die Koalitionsfraktionen die abschließende Beratung im Rechtsausschuss durch stetige Vertagung.

Die Koalition entzieht sich der Diskussion um die Notwendigkeit einer strafrechtlichen Regelung sehenden Auges, dass die Bundesrepublik mit jedem Monat international an Ansehen verliert. Seitens der international tätigen deutschen Unternehmen wird eine gesetzliche Regelung der Abgeordnetenbestechung mit Hinweis auf die schlechte Reputation Deutschlands deshalb auch immer vehementer eingefordert.

Die von der Union gerne reklamierten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen unseren Antrag sind an den Haaren herbeigezogen. Von den Unterzeichnern des UN-Antikorruptionsübereinkommens aus dem Jahre 2003 haben mittlerweile 165 Vertragsstaaten das Abkommen ratifiziert. Nicht umgesetzt haben das Abkommen Syrien, Sudan, Saudi-Arabien, Nordkorea - und bedauerlicherweise die Bundesrepublik Deutschland. Keine gute Gesellschaft, in der wir uns befinden.



Interfraktioneller Antrag: Die CDU schert aus

Zwischenzeitlich hatte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Burkhard Lischka mit dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses Siegfried Kauder und den Berichterstattern der Fraktionen Die Grünen und Die Linke einen Vorschlag für eine fraktionsübergreifende Initiative zur Regelung der Abgeordnetenbestechung erarbeitet.

Nachdem die Vertreter von SPD, Linken und Grünen in ihren jeweiligen Fraktionen Unterstützer für die gemeinsame Initiative aktiviert hatten und der Antrag nur noch hätte eingebracht werden müssen, bekam die CDU jedoch anscheinend „kalte Füße“.

Daher haben wir nun beschlossen, unseren ursprünglichen Gesetzentwurf (DR 17/8613) zur Regelung der Abgeordnetenbestechung weiter zu verfolgen.

Es bleibt zu hoffen, dass wir das Thema im Plenum in dieser Legislatur noch einmal thematisieren können.



Den Gesetzentwurf der SPD gibt es unter:
www.gabriele-groneberg.de/presse/

SPD-Bundestagsfraktion will Ganztagschulenprogramm 2.0

Mit ihrem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ hat die SPD-Bundestagsfraktion in den letzten drei Jahren Lösungsvorschläge für drängende Zukunftsaufgaben erarbeitet. Zwei Schwerpunktprojekte widmeten sich den Themen Bildung und Integration. Die Ergebnisse der beiden Projekte brachte die SPD-Bundestagsfraktion jetzt in den Bundestag ein. Darüber wurde am 16. Mai 2013 debattiert.

Bis 2020 für jedes Kind ein Ganztagschulplatz

Eine der Kernforderungen: ein Acht-Milliarden-

Programm für neue Ganztagschulen. Ziel ist ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen in Deutschland.

„Es gibt nur eine Sache, die teurer ist als Bildung – keine Bildung!“

John F. Kennedy

Bis 2020 soll jedes Kind einen Platz in einer Ganztagschule finden können.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier erinnerte bei seiner Plenarrede am 16. Mai 2013 an das Ganztagschulprogramm, das die rot-grüne Bundesregierung vor zehn Jahren aufgelegt hatte. Der Bund hatte den Ausbau

der Ganztagschulen in den Ländern damals mit vier Milliarden Euro unterstützt. Dennoch ist das Ziel eines flächen-

deckenden Angebots noch nicht erreicht. „Wir brauchen ein Ganztagschulprogramm 2.0“, so Steinmeier.

Mehr Chancengleichheit

Dabei müsse ein starker Akzent auf die Betreuungs- und Bildungsqualität gesetzt werden. Sie sind ein wichtiger Beitrag für mehr Chancen-

gleichheit in der Bildung und für gelingende Integration.

Bildung – so Steinmeier – sei der Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für die Zukunft unserer Kinder, aber auch für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Deshalb zahlten sich Investitionen in Bildung am Ende aus. Wer aber Investitionen in Bildung ernsthaft wolle, „für den darf auch der Spitzensteuersatz kein Tabu sein“, sagte Steinmeier.



Mehr dazu unter:
www.spdfraktion.de

150 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands



In der langen Geschichte der SPD haben sich die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Staatengemeinschaft grundsätzlich verändert und weiterentwickelt. Waren vor 150 Jahren der Kampf gegen Ausbeutung der Kinder und der Arbeiter durch die Großindustriellen und Landbarone zentrale politische Inhalte im Zeitalter der industriellen Revolution, kamen Anfang des vergangenen Jahrhunderts unter anderem die Kämpfe für das Wahlrecht und die Gleichberechtigung der Mädchen und Frauen in Gesellschaft und Wirtschaft dazu.

1933: Eingestanden für Freiheit und Demokratie

Mit Stolz, so meine ich, kann uns alle erfüllen, dass die Sozialdemokraten als einzige Partei den Mut hatten, im Jahr 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, wohl wissend, dass sie sich damit der Verfolgung durch die Nazis aussetzten. Nachhaltig berührt mich noch heute der Schlusssatz von Otto Wels, mit dem er seine Rede im Reichstag gegen das Gesetz schloss: „Freiheit und Leben könnt ihr uns nehmen, die Ehre nicht.“ So kam es

Ich bin stolz auf meine Mitgliedschaft in der ältesten Partei Deutschlands und darauf, für die Verwirklichung ihrer Ziele arbeiten zu dürfen

dann auch. Viele aufrechte Sozialdemokraten wurden sofort von den Nazis interniert und auch nach und nach ermordet.

Wichtige Errungenschaften in der Nachkriegszeit

Nach dem 2. Weltkrieg konnten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wesentliche Verbesserungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen durchsetzen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften erkämpfte die SPD die Fünftagewoche und in den folgenden Jahrzehnten die Verkürzungen der Wochenarbeitszeit von 45 Stunden über 40 auf 38 Stunden und auch teilweise auf 35 Stunden in der Woche, parallel dazu wurde der Rechtsanspruch auf Jahressurlaub erweitert.

Agenda 2010: Eine Zäsur

Über Jahrzehnte harmonisierte die Abstimmung zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der SPD, in den grundsätzlichen Zielen

stimmten wir überein oder waren uns doch sehr nahe. Mit der Agenda 2010 kam es teilweise zum Bruch. Viele unserer Genossinnen und Genossen waren enttäuscht von den Einschnitten in die Sozialsysteme unter der Verantwortung eines SPD-Kanzlers Gerhard Schröder. Viele gaben ihr Parteibuch zurück.

Gesamtgesellschaft muss vom Gewinn profitieren

Rückblickend, aus heutiger Sicht, sage ich, die wirtschaftspolitischen Reformen haben die wirtschaftliche Stärke Deutschlands unterm Strich verbessert. Doch die Gewinne, die in den letzten zehn Jahren erwirtschaftet wurden, behielten Wenige. Die Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wurden und werden von Unternehmen missbraucht, so dass die Mehrheit und die Gesamtgesellschaft am Wirtschaftswachstum nicht partizipieren konnten. Es lag aber

auch daran, dass das aktuelle Steuerrecht eine kleine, reiche Schicht bevorteilt und den Staat verarmen lässt.

Bekämpfung von Ausbeutung und Lohndumping

Heute geht es aus meiner Sicht deshalb darum, gesetzliche Grundlagen für eine gerechte Verteilung bei den Einkommen zu legen. Dazu gehören vordringlich der gesetzliche und flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro, gleiche Einkommen von Frauen und Männern bei gleicher Arbeit, gesetzliche Regelungen zur Einschränkung der so genannten Mini-Jobs und zur Bekämpfung von Scheinwerkverträgen. Es gilt zudem die ausufernde Praxis zu beenden, ausgebildete junge Menschen über Jahre als Praktikanten oder mit befristeten Jobs auszubeuten. Weiter gehören die Politikfelder Altersarmut und Jugendarbeitslosigkeit als typische sozialdemokratische Anliegen verstärkt auf unsere Agenda.

BERLIN, BERLIN, WIR FAHREN NACH BERLIN! VOM 16. BIS 18. AUGUST 2013

Am 17. und 18. August 2013 feiert unsere Partei ihr 150-jähriges Bestehen mit einem großen Deutschlandfest am Brandenburger Tor in Berlin. Die Unterbezirke Cloppenburg und Vechta wollen sich aufmachen, um bei diesem großen Fest dabei zu sein. Wer uns begleiten möchte, ist herzlich eingeladen. Alle Details zu der Fahrt findet Ihr auf meiner Webseite oder meldet Euch für weitere Informationen gerne in meinem Wahlkreisbüro. (Tel. 04471 –1840688)



Impressum

Büro Gabriele Groneberg, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445
gabriele.groneberg@bundestag.de | www.gabriele-groneberg.de

Redaktion

Wilhelm Bohnstengel, Kornelia Urban, Janna Völker